

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Die Millimeter-Anzeigen-Zelle kostet bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise nach Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Febr. 1923 gültigen Preisliste Nr. 4. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.

D. M. IV 800

стр. 61

31. Jahrgang

Deutschland: Im Gegensatz zum Auslande hat die deutsche Winterzeit nach kurzer, wenig ausgeprägter Winterzeit im Frühjahr erneut fortgesetzt.

Naturgemäß prägt sich die rege Anlagetätigkeit in dem starken Anstiegen der Umsatzziffern wichtiger Rohstoffe wider. So wuchs der Inlandverbrauch an Eisen von 3,9 Millionen Tonnen im ersten Viertelsjahr 1937 auf 4,9 Millionen Tonnen in den Monaten Januar bis März 1938 an. So lagen die Umsätze der Baufachindustrie 1937 u. v. über denen des Vorjahres, und der Grubenverbrauch überstieg in 1937 den 1936 um 10 Prozent. Der Umsatz von 1937, der 5,9 Millionen Fehmetner betrug, trotz dieser starken Beanspruchung war dagegen barte. Trotz dieser starken Beanspruchung war die Versorgung mit Rohstoffen einmündig, einmal weil die inländische Rohstoffproduktion allmählich auszulassen beginnt, und zum anderen, weil der ausgedehnte Außenhandel eine entsprechende Versorgung mit Auslandsrohstoffen ermöglicht. Bei heimischen Rohstoffen ist vor allem die Erzeugung des Eisenabfalls, der Nichteisenmetalle, der Minerale, Zerkleinerung (Zellulose, Kunststoffe), Glas, Papier, Holz im letzten Jahr beachtlich vorwärts getrieben. Allgemein kann festgestellt werden, dass in der letzten Wirtschaft zur Zeit der gesamte Erzeugungsstand voll ausgenutzt ist. Diese Tatsache ist nicht zudurch bedingt, dass die Einkommen und damit die Konsumkraft erheblich gestiegen sind. Allein die Umsätze der Einzelhandels haben gegenüber dem Vorjahr um 6,5 v. h. zugenommen. Der Mengenabfall ist höher als im Jahre 1929.

Ausland: Rückschläge überall

Englands Vermittlungsversuch

Aussprache Lord Halifax' mit Reynaud

Die britische Vermittlung, die durch das Vorschreiben des Vorklaffers Sir Eric Shippin im Pariser Augenminimistrium eingeleitet worden ist, hat jetzt in London mit einer Aussprache des britischen Außenministers mit dem französischen Außenminister Reynaud ihre Fortsetzung gefunden. Die britische Diplomatie scheint das Übergewicht der Verhandlungen wieder in den Nicht-einmündungsausschuss verlegen zu wollen, der demnächst die Beratung über die britischen Vorschläge für die Zurückziehung der Freiwilligen wieder aufnehmen soll.

Die Londoner Presse versucht den Eindruck zu erwecken, als ob die diplomatische Lage demnach eine Besserung zum Besseren genommen habe. So schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: man hoffe, Mussolini werde sich überzeugen lassen, daß die Unterstützung, die die russische Regierung über Frankreich erhalte, „nicht wesentlich zugenommen“ habe. Die britische Regierung biete ihren ganzen Einfluß in Rom und Paris auf, um zu vermitteln, da man der Ansicht sei, daß ein Zusammenbruch der französisch-italienischen Verhandlungen ein erschütternder Rückschlag für die Befriedigungspolitik der britischen Regierung sein würde.

„Keine bedeutsamen Ergebnisse zu erwarten“

Das Karner Mittheilungsblatt „Paris Midt“ beschaftigt sich mit der Londoner Aussprache des Justizministers Reynaud mit Lord Salisair. Von den Versprechungen dieser beiden Männer erhofft das Blatt allerdings keine bedeutungsvollen Ergebnisse. Saladier und Bonnet hätten seinerzeit in London das konservative Frankreich vertreten und ein realistisches Abkommen sei deshalb leicht gewesen. Paul Reynaud gehöre jedoch zu jenen Kreisen, die den offenen Widerstand gegen die autoritären Staaten predigten.

Die rechtsstehende Pariser Presse übt an der Spanungspolitik Frankreichs scharfe Kritik. Der Außenpolitiker des „Reit Journal“ erklärt, die Feststellung ist unangenehm, daß Frankreich durch die Unterstützungspolitik der englischen Diplomatie eine beschämende Politik führe. Das Blatt fordert die französische Regierung auf dem Standes des Waffenstillstandsvertrags durch Frankreich nach Spanien ein Ende zu bereiten. Die Welt aber werde wissen, daß man Frankreich für die augenblicklich missliche Lage verantwortlich mache. Reigierert stellt das „Epoque“ fest, daß die französisch-italienischen Vespochen auf einem toten Punkt angelangt seien. Der örtliche Schlachtungsverlust habe bisher zu keinem Ergebnis geführt. Frankreich müsse sich immer vor Augen halten, daß der Sieg Franco in Spanien eine Gewißheit sei.

inen genügenden Ausblick für den Niedergang auf den übrigen Wirtschaftsgebieten zu schaffen. In Schweden, Norwegen und Finnland gingen ebenfalls infolge der verringerten Auslandsaufträge die Erzeugnisse aller allgemein zurück. Bezeichnend ist, daß in allen drei Ländern sogenannte „Krisenbereitschaftsämter“ ausgearbeitet sind, um gegebenenfalls einer Verschlechterung der Konjunktur sofort entgegenzutreten. In der Tschechoslowakei ist die Industrieerzeugung ebenfalls stark zurückgegangen. Selbst in der Schweiz erfreuen sich dagegen die Waren von einer guten Konjunktur. Frankreichs Vermögenslagen und Wirtschaftslage waren auch im vergangenen Halbjahr nicht von Erfolge, und man darf erwarten, daß es der neuen Regierung Dabadie gelingen wird, die Produktionssteigerung, die sie zu ihrem obersten Ziel erklärt hat, wirklich durchzuführen. In Estland hat sich dagegen der Aufschwung weiter fortgesetzt. Die Industrieerzeugung steigt heute erheblich über den Stand von 1929.

Die überseelichen Rohstoffländer standen im vergangenen Halbjahr noch im Zeichen der Auswirkungen der guten Konjunktur vom Frühjahr 1937. Doch haben in der Zwischenzeit die Rückschläge in den Industrieländern ihre Schatten auf dorthin geworfen. Verhältnisse

„Eine ständige Flut von Kriegsmaterial“

Gegenüber allen Beschönigungsversuchen der Pariser Volksfrontpresse und der englischen Oppositionsblätter bestätigt die „Times“ die toten Zustände an der Pyrenäengrenze. In mehreren Berichten unterstreicht sie die Tatsache, daß die Kriegsmateriallieferungen an die spanischen Völksewisten über die französische Grenze in letzter Zeit erheblich zugenommen haben.

So schreibt sie zum Beispiel in einem Pariser Bericht, es dürften wenig Zweifel darüber vorhanden sein, daß die Materiallieferungen nach Sowjetrußland in Transitwege über Frankreich vom Ausland her leichtest zugenommen haben. Als Grund hierfür gibt das Blatt an, daß eine Verminderung der Kontrolle auf französischer Seite eingeleitet habe.

In einem längeren Bericht aus Hendaye erklärt die Matant, daß eine lebhafte Tätigkeit längs der französischen spanischen Grenze eingeleitet habe. „Nach einer Klaut von einigen Wochen im Frühjahr ist eine fländige Flut von Kriegsmaterial, das für die spanische Armee in Spanien bestimmt ist, übergekommen. Es umfaßt außer Feldgeschützen und Leichtabwehrschützen Flugzeuge, die auf etwa 200 geschätzt werden. Nach zuverlässigen Informationen sei ein großer Teil der Waffen und der Munition, die auf spanischer Seite herein komme, französischer Herstellung. Ein anderer Teil werde von den französischen Grenzbehörden bei der Einfuhr nach Frankreich versteigert und verlasse das Land in dem gleichen Zustande. Viele der Geschütze schienen aus „Mitteleuropa“ zu stammen.

Die Pariser Zeitung „Liberté“ bestätigt ebenfalls durch die Wiedergabe von ausführlichen Augenzeugenberichten, daß die französisch-sowjetranische Grenzpraktisch nie geschlossen war.

Mostau ist der Friedensstörer

Die italienische Presse brandmarkt in scharfen Worten die verbrecherischen Mänder des Vaterlands und in Veränderung französisch-italienischer Verhältnissen. Der „Messaggero“ fragt, ob die französische Regierung trotz des Dementis des Ministerpräsidenten Caladrier nicht doch dem Druck Moskau gehorcht habe, und betont, das Ziel der sozialistischen Kreise liege nach wie vor die Hintertreibung jedes Uebereinkommens zwischen autoritären und demokratischen Staaten. Die gewissenlose Taktik dieser Feinde der europäischen Ordnung und des Friedens erscheine jedermann deutlich. Man versuche, mit allen Mitteln ein französisch-italienisches Abkommen zu verhindern oder zu verzögern und hoffe dadurch auch das italienisch-englische Abkommen zu treffen und unwirksam zu machen. Das in Gang befindliche Abkommen richte sich also nicht nur gegen Rom, sondern auch gegen London.

Nichteinmischungsausfluß am Donnerstag

Wie von ausländiger englischer Seite mitgeteilt wird, ist der Hauptausschuß des Nichteinmischungsausschusses für nächsten Donnerstag zu einer Sitzung einberufen worden. Zur Vorbereitung der Sitzung hatte Lord Plymouth in seiner Eigenschaft als Ausschußvorsitzender längere Aussprachen mit dem deutschen Botschafter von Tirpitz und dem italienischen Botschafter Graf Grandi.

mäßig am wenigsten vom weltwirtschaftlichen Rückschlag berührt waren bisher die europäischen Agrarländer.

Der „Start zum Deutschlandflug 1938“

Wie bereits bekanntgegeben, findet am Sonntag 22. Mai, früh 8 Uhr, der Start zum Deutschlandflug 1933 statt.

Von den 15 Startplätzen innerhalb des Großdeutschen Reiches werden in diesem Moment die zum Deutschlandflug 1938 zugelassenen 390 Flugzeuge starten und auf die einmündigste Weise gehen, mit dem Endziel Wien.

Bevor der Startschuß zu diesem größten luftsporthistorischen Ereignis der Welt erfolgt, wird der Korpsführer des NS-Fliegerkorps, Generalleutnant Christmann, der auch in diesem Jahre wieder aktiv am Deutschlandflug teilnimmt, in der Zeit von 7 bis 7.15 Uhr im Startplatz Mangsdorf aus in einer Rundfunkansprache über die deutschen Sender zu den auf den übrigen 14 Startplätzen angetretenen fliegenden Besatzungen sowie zum Bodenpersonal und darüber hinaus zu allen deutschen Volksgenossen über den „Deutschlandflug 1938“ sprechen.

Mann des Volkes

„Ohne Freundschaft mit Deutschland ist Weltleben“

Der bekannte englische Politiker Lord Roßmeyer, der sich immer wieder für eine Verständigung zwischen Deutschland und England einsetzt, richtet in der „Daily Mail“ einen neuen Appell an die Engländer zugunsten einer deutsch-englischen Freundschaft.

Einleitend führt Roßmeyer Schlußfolgerungen als Beispiel dafür an, daß außenpolitische Fragen nicht immer leicht zu verstehen seien. So habe sieben Jahre lang habe das englische Außenamt die Bedeutung Mussolinis auch nicht verstehen können. Man habe ihn in England verschiedentlich als Vögel angesehen, den eine erzürnte italienische Bevölkerung jederzeit beseitigen könnte. Eine ebenso falsche Vorstellung habe man von Hitler gehabt. Die englischen Diplomaten hätten es offensichtlich nicht lassen können, daß hinter diesen beiden nationalen Persönlichkeiten eine Volksmacht und eine Energie liege, die ein parlamentarischer Premierminister wenn überhaupt, dann nur selten gebot habe.

Roßmeyer beschränkt sich dann nochmals mit der Persönlichkeit des Führers. Er schreibt: „Hitler nennt sich mit Stolz Mann des Volkes. Trotzdem habe ich nach jedem Zusammentreffen mit ihm den Eindruck gehabt, daß er ein großer Gentleman ist. Jeder Haß fühlt sich sofort wohl. Selbst wenn man nur fünf Minuten mit ihm zusammen ist, hat man das Gefühl, ihn schon lange zu kennen. Seine Höflichkeit ist kaum zu beschreiben. Männer und Frauen sind gleichermäßen von seinem feinen und entzückenden Verhalten gefangen. Er ist ein Mann von toller Kultur, der über ein tiefes Wissen auf den Gebieten der Musik, Malerei und Architektur verfügt.“

Erfolg ohne Blutvergießen

Lord Roßmeyer stellt dann fest: „Hitlers Politik ist die des Erfolges ohne Blutvergießen. Er hat die Macht in Deutschland, einem Lande von 68 Millionen Menschen, mit nur geringen Verlusten an Menschenleben erreicht. Deftig wurde ohne einzigen Schuß in das Reich eingedrungen. Bei den Unruhen in Ostasien haben in den letzten fünf Jahren mehr Menschen ihr Leben gelassen als in Deutschland und Deftig wird der Errichtung des Hitler-Regimes.“

„Ich lege meine Sonderstudie über Deutschland heute aus einem besonderen Grunde fort: Ich glaube nämlich, daß ohne Freundschaft zwischen Deutschland und England ein Weltfrieden unmöglich sei. Ich erwäge alle meine Vorlesungen, einzeln und geschlossen, ihren Einfluß dahin einzusetzen, einen Umschwung in der Stimmung und Auffassung herbeizuführen, der die größte Seemacht der Welt in die Lage versetzt, der größten Landmacht die Hand zu reichen.“

Lord Roßmeyer tritt dann nochmals ausdrücklich dafür ein, daß den ungarischen Ansprüchen gegenüber der Tschechoslowakei Gerechtigkeit widerfähre. Auf England habe die Tatsache Eindruck gemacht, daß es in der Tschechoslowakei mehr Deutsche als Polen in Südtirol gebe, dem England doch auch Selbstregierung zugesprochen habe.

Scharfer Protest der Sudetendeutschen

Bericht über die Londoner Versprechungen.

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: Der Politische Ausschuss der Sudetendeutschen Partei nahm unter dem Vorsitz des Stellvertreters Konrad Henleins, Abgeordneter Karl Hermann Frank, einen Bericht über die günstigen Ergebnisse der Londoner Versprechungen Konrad Henleins entgegen; er stellte mit Freude das große Verständnis für die Lage und die in Karlsbad aufgestellten Forderungen des Sudetendeutstums im Auslande fest.

In den täglich sich wiederholenden Angriffen gegen das Sudetendeutstum sieht der Politische Ausschuss die Bestätigung jener Beurteilung der Lage, die von sudetendeutscher Seite den ausländischen Kreisen gegeben wurde.

Angeichts der innerstaatlichen Entwicklung wiederholt der Politische Ausschuss den scharfen Protest gegen Hehe und Herausforderung, der bereits bei den verantwortlichen Stellen vorgebracht wurde. Die Sudetendeutsche Partei wird alle Mittel anwenden, um vor In- und Ausland alle Uebergriffe und Beschränkungen der Rechte und bürgerlichen Freiheiten festzuhalten.

Das behördliche Vorgehen gegen die öffentlichen Angelegenheiten, die sich mit Berufung auf klar feststehende Verfassungsrechte am 1. Mai zur Sudetendeutschen Einheitsbewegung bekannt haben, ruft die Entschlossenheit und Ablehnung des gesamten Sudetendeutstums hervor und kann nur als Ausdruck des Willens tschechisch-slawischer Kreise angesehen werden, hemmungslos die Entwicklung auf die Spitze zu treiben. Auch hier können alle Betroffenen der Ueberzeugung sein, daß die Bewegung das Recht auf freie Meinungsäußerung und freies Wettritten mit allen Mitteln schützen wird.

Planmäßige Störungsversuche

Tschechische Ausschreitungen in Prag und Brünn.

Die Schutzlosigkeit der Sudetendeutschen gegenüber den Ausschreitungen der Tschechen wird durch die planmäßigen Störungsversuche gegen die sudetendeutschen Wahlhandlungen tagtäglich aufs neue erwiesen.

In Prag hatte die Sudetendeutsche Partei im Deutschen Haus eine große öffentliche Versammlung für die bevorstehende Gemeinderatswahl angelegt. Während der Kundgebung sammelten sich Tausende von tschechischen Demonstranten vor dem Haus an, so daß die Versammlungsteilnehmer schließlich nur in Gruppen von drei bis fünf Mann durch ein Nebengebäude das Deutsche Haus verlassen konnten. Verschiedentlich ging der Mob, von jüdisch aussehenden Personen angeführt, gegen Deutsche tätlich vor. Die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei kündigt und Newirth versuchen wiederholt, die Polizei zum Einschreiten zu veranlassen. Dabei kamen die Abgeordneten selbst in ernste Gefahr, denn sie wurden aus der Menge heraus tätlich angegriffen. Dem Landesauschussbestenheraus wurden bei der Abfahrt die Fenster seines Kraftwagens zertrümmert. Erst nach Eintreffen einer Polizeiverstärkung konnte der Mob abgedrängt werden.

Gegen 2 Uhr nachts zogen 200 Anhänger der Tschechisch-Nationalen Vereinigung über den Graben zum

Wenzelsplatz, wo sie aufstehende Sprechhöre des „Gentsein“ gehörte nach „Pentroz“ (das Prager Gesandnis) anschließen.

Sudetendeutsche niedergeknüppelt

Nach bedrohlicher Entwicklung sieht die Lage in Brünn, wo die Sudetendeutschen ebenfalls eine Wählerversammlung im Deutschen Haus abhielten. Eine Flut von Kommunisten und Sozialdemokraten durchsetzte Menge drang nach Versammlungsbeginn gegen das Deutsche Haus vor und beschädigte die Eingangstür mit Steinwürfen. Gleichzeitig verlor eine Gruppe in den Gärten einbringen, wurde jedoch von der Polizei abgedrängt. Gegen Schluß der Versammlung tritten sich diese Elemente in der Nähe des Deutschen Hauses erneut zusammen. Polizei von einem Norden und brangte sie zurück. Angeichts dieser Lage blieben die Versammlungsteilnehmer zunächst im Deutschen Haus. Als nach einiger Zeit ein Teil von ihnen das Haus zu verlassen versuchte, durchbrachen die Terroristen den Polizeifordon und schlugen auf die Mitglieder der SDP, mit Stöcken und Stangen ein. Schließlich mußten zwei Kompanien Gendarmen zur Räumung des Hauses vor dem Deutschen Haus eingesetzt werden.

Tumult in der böhmischen Landesvertretung

Zu einem standstilligen Vorfall kam es in der Sitzung der Landesvertretung für Böhmen in Prag. Als der Landesvertreter Dreher der Sudetendeutschen Partei zum Redepult trat, drängte ein weißer Haufen gegen die Tribüne. Der tschechische Landesvertreter Jelsky schrie in aufgeregter Tone, die Tschechen wären hier zu Hause und die Deutschen hätten sich als Gäste zu benehmen. Landesvertreter Jelsky antwortete, daß die Deutschen hier genau so zu Hause seien wie die Tschechen. Während der Präsident vergeblich versuchte, den Tumult zu beschwichtigen, erklärten die Sudetendeutschen, wenn die Deutschen hier nur als Gäste gebüdet seien, liege es weiterer Teilnahme an der Verhandlung kein Anlaß vor. Hierauf verließen die Landesvertreter der Sudetendeutschen Partei geschlossen den Sitzungssaal.

Mit Schußwaffe und Säbel

Unerhörte Uebergriffe der tschechischen Polizei

In der sudetendeutschen Industriestadt Chodau bei Karlsbad kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Gendarmen und der deutschen Bevölkerung. Tschechische Gendarmen aus Chodau hatten zwei junge deutsche Turner verhaftet, weil sie deutsche Heimatlieder gesungen hätten. Eine Abordnung der deutschen Einwohnerschaft von Chodau erschien beim Gendarmenkommando, um die Freilassung der beiden Turner zu erwirken. Die Abordnung wurde von den Gendarmen in brutaler Art zurückgewiesen, bedroht und zum Verlassen des Gebäudes gezwungen.

Der Bevölkerung von Chodau bemächtigten sich daraufhin eine ungeheure Erregung. Die tschechische Gendarmerie, die die Kerzen völlig verloren hatte, ging mit Schußwaffen und gezogenem Säbel gegen deutsche Straßenspektanten vor. Als ein Gendarm auf die Straßenspektanten zu schreiten begann und auch die anderen Gendarmen ihre Gewehre und Revolver schußbereit machten, erreichte die Erregung ihren Höhepunkt. Die Kaufleute von Chodau schlossen eile mit ihren Geschäften und ließen die Kassen hinhin. In den Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, und es sammelten sich große Gruppen empörter Einwohner in den Straßen der rein deutschen Stadt.

Die Tatsache von der Terrorisierung der Einwohner von Chodau durch tschechische Gendarmen löste auch in den Nachbarorten Neustadt und Kalkau große Empörung aus. Die Bevölkerung schloß sich ebenfalls der Aktion der deutschen Einwohnerschaft von Chodau an und legte die Arbeit nieder. Den Amtsvorstern und Ordnern der Sudetendeutschen Partei gelang es schließlich durch Appell an die tschechische Disziplin der Sudetendeutschen, die Menge zu beruhigen und zur Räumung der Straßen zu veranlassen, auf denen in der späten Abendstunde immer noch tschechische Gendarmen mit schußbereiten Gewehren patrouillierten.

Bedingungen für die Unterhandlungen

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: „Auf Grund der eingehenden Nachrichten über die antideutschen Ausschreitungen in Prag, Brünn und einer Reihe sudetendeutscher Städte ist der politische Ausschuss der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei zu einer außerordentlichen Sitzung aufgekommen.“

Die Vertreter der Organisationsgliederungen der Sudetendeutschen Partei berichteten über die Lage im sudetendeutschen Siedlungsgebiet. Die Zusammenfassung der Berichte ergibt, daß Sozialisten und Kommunisten und tschechische Elemente sich verbinden und das Sudetendeutstum auf das unerträglichste provozieren und angreifen, so daß selbst Sicherheit und Leben des einzelnen Sudetendeutschen gefährdet sind. Im besonderen wurde Bericht erstattet über die Vorfälle nach den Wählerveranstaltungen der Sudetendeutschen Partei in Prag und Brünn.

Es wurden Protokolle vorgelegt, die beweisen, daß eine ausgeübte Menge in Prag und Brünn geradezu eine Menschenjagd auf Deutsche veranstalteten, daß die Sicherheitsorgane ihre Pflicht nicht erfüllt haben und es selbst parlamentarischen Vertretern unmöglich gemacht wurde, sich der Angelegenheiten anzunehmen. Ungeheuer kann die Wahlpropaganda der Tschechen, marxistischen und kommunistischen Partei mit Paraphrasen gegen das Deutstum, gegen die Sudetendeutsche Partei und Konrad Henlein agieren. Unterstützt wird diese Agitation nacheinander von der gesamten tschechischen Presse, während tschechische Zeitungen von der Zensur unmöglich gemacht wird, Darstellungen über die Vorfälle und das Vorgehen der Sicherheitsorgane zu veröffentlichen und den wahren Sachverhalt aufzudecken.

Der politische Ausschuss stellt fest, daß bereits nach dem ersten Vorfall der Ministerpräsident Dr. Socha von einer parlamentarischen Abordnung der Sudetendeutschen Partei schriftlich und mündlich auf den Ernst der Lage und die gefährlichen Folgen einer planmäßigen Wählerhetze gegen das Sudetendeutstum aufmerksam gemacht wurde. Ueberdies sind die vor Monaten mit Ministerpräsident Dr. Socha geführten Besprechungen unter der Voraussetzung eingeleitet worden, daß seitens der Regierung und der staatlichen Behörden Maßnahmen ergriffen werden, die 1. die volle staatsbürgerliche Freiheit des Sudetendeutstums garantieren, und

2. einen Ausbund herbeiführen, der es ermöglicht, die (sudetendeutsche) Abordnung als Gleiche unter Gleichen die Verhandlungen beginnen.

Demgegenüber stellt der politische Ausschuss fest, daß die sudetendeutschen Behörden diese Voraussetzungen nicht zu schaffen haben. Er hat daher beschlossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Socha mitzuteilen, daß die sudetendeutsche Partei nicht in der Lage wäre, die Verhandlungen über das Nationalitätenstatut der Agitation aufzunehmen, solange nicht die Ruhe und Ordnung im sudetendeutschen Gebiet und überall die primitivsten, gesammtenmäßigen Rechte der Meinungs-, Presse-, Versammlung- und Konstitutionsfreiheit des Sudetendeutstums garantiert sind.

Alle Organisationsstellen, Amtswalter und Mitglieder der Sudetendeutschen Partei werden nochmals ausdrücklich aufgefordert, unbedingt darauf zu achten, verantwortlichen Stellen darauf für verständlich zu machen, daß die Parteiführung nicht in der Lage ist, den sudetendeutschen Volksgenossen abzugeben, von dem Recht der Notwehr Gebrauch zu machen, falls den gegen das Sudetendeutstum gerichteten Provokationen kein Ende gesetzt wird.“

Schritt beim Landeshauptmann in Brünn

Landesausschussmitglied Dr. Hubert Velsch und die Brünnner Abgeordneten und Senatoren der SDP haben beim Landeshauptmann Dr. Cerny vorgeschlagen, und darauf hingewiesen, daß erhöhter Schutz der deutschen Gebäude in Brünn, vor allen Dingen des Deutschen Hauses, der Deutschen Technischen Hochschule und des Deutschen Theaters nötig ist, weil sich bei den Ausgrenzungen gezeigt hat, daß die Staatspolizei und auch die tschechische Gendarmen zu schwach waren, um ein solches Haus zu verhindern. Außerdem wurde auf die tschechische Tätigkeit der tschechischen Zeitungen hingewiesen und eine Abstellung dieser Sache gefordert. Landeshauptmann Dr. Cerny sagte den Schutz zu und erklärte, daß am entsprechenden Anweisungen seitens der tschechischen Regierung bereits erhalten hätten.

Die öffentliche Weltmeinung ist seit Wochen schon über die Zustände in der Tschechoslowakei, deren Terrorpolitik gegen die Minderheiten unhaltbar geworden war, orientiert worden. Die Prager Regierung wußte es auch, daß in der Welt, besonders in England, ihre Nationalitätenpolitik nicht mehr verstanden, ja sogar scharf missbilligt wurde, und es hatte den Anschein, als ob die Prager Regierung, die ein Nationalitätenstatut als ausfindig ausgearbeitet hat, zur Einsicht und Vernunft gekommen und zum Einlenken bereit sei.

Die neuen unglaublichen Zwischenfälle in den sudetendeutschen Städten lenken nun die Weltmeinung erneut auf den europäischen Gefahrenherd Tschechoslowakei, wo die staatlichen Sicherheitsorgane verlangen, wenn es gilt, die deutsche Bevölkerung vor dem tschechischen Terror zu schützen, und wo beispielsweise in Prag und Brünn geradezu Menschenjagden auf Deutsche veranstaltet werden können. Durch Terror und offensichtliche Provokationen werden die tschechischen Machthaber in Prag nie eine Verständigung zwischen der Nationalitätenpolitik herbeiführen können, vielmehr verschärfen sie damit alle Hoffnungen auf eine wirkliche Verständigung in der Tschechoslowakei.

Mit Terror und Deutschenverfolgungen, das möchte sich die Prager Regierung ernstlich gesagt sein lassen, kann man keine Staatsautorität markieren! Es ist unerwünscht, wenn die tschechischen Polizeibehörden einseitig gegen die Deutschen Partei erregt, anstatt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Man wird damit auch nicht den Weltmeinungen den Eindruck von einem starken Staatswesen verschaffen, was vielleicht der hinterhältigste Grund der neuen provokierten Zwischenfälle sein dürfte. Auch dürfen derartige brutale Methoden in dem künftigen Wahlkampf der Sudetendeutschen kaum einschlagen, die trotz brutaler Unterdrückung mehr als zwanzig Jahre gegenüber dem tschechischen Terror sich haben behaupten können.

Auf jeden Fall aber trägt die Prager Regierung die schwere Verantwortung für die ungewöhnlichen Zwischenfälle in ihrem Lande vor der Welt. Die Welt wird trotz der Prager Minderheiten, daß Prags Arm nicht so weit reicht, wie es die tschechischen Politiker glauben, und die Welt muß trotz der abartigen Verweise der Prager Regierung, den Sudetendeutschen etwas am Zeuge zu fassen, erkennen, wer die Schuld an den neuen Zwischenfällen trägt, weil die Welt schon seit langem über das wahre Gesicht der Prager Regierung orientiert ist. Das ist keine Autorität! eines Staates in dessen Grenzen die Minderheiten, die durch Verträge seinem Schutze anvertraut sind, so gar wie vogelfrei sind. Die Prager Regierung hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Es ist jetzt ihre Sache, wie sie wieder für politische Sauberkeit in ihrem Staate sorgen will.

Die Welt schaut auf die Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei ist seit langem ein Unruheherd in Europa. Die Welt hat aber ein großes Interesse daran, daß endlich in der Tschechoslowakei geordnete Verhältnisse eintreten, und daß die Tschechoslowakei anzuhört, eine Bedrohung für den europäischen Frieden darzustellen.

Ihr Kaufmann und wir

haben den Erdalpreis gesenkt. Dadurch ist jetzt noch bessere Erdal-Schuhpflege möglich. - Bessere Schuhpflege bedeutet Schuhe sparen, denn die Schuhe halten länger und bleiben länger schön.

Neuer Preis: schwarz 20 Pfg. farbig 25 Pfg. Deshalb Erdal

Die Zukunft der Arbeit der Kriegsgräberfürsorge

Leibenbach-Drogerie, Am 1900